

MITTELSTAND ENTLASTEN

Für Investitionen, Arbeitsplätze und Innovationen

Einleitung

Deutschland steht wirtschaftspolitisch an einem kritischen Punkt: Der Wirtschaftsstandort steckt in der längsten Schwächephase seit Gründung der Bundesrepublik. Auch für 2026 erwartet die Bundesregierung nur 0,5 Prozent Wachstum. Geopolitische Unsicherheiten, hohe Energiepreise und verschärfte Wettbewerbsbedingungen setzen das exportorientierte Geschäftsmodell unter Druck.

Parallel dazu sind staatliche Ausgaben, Steuer- und Abgabenlast sowie die Komplexität staatlicher Regulierung stark angestiegen. Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bedeutet das: Zu hohe Kosten, zu viel Bürokratie und zu wenige Spielräume für Innovationen. Private Investitionen stagnieren.

Der Mittelstand steht vor einer doppelten Herausforderung: Kleine und mittlere Unternehmen müssen Transformation, Digitalisierung und Dekarbonisierung stemmen – und zugleich strukturelle Standortnachteile ausgleichen. In einzelnen Branchen werden bereits Arbeitsplätze abgebaut, internationale Vergleiche zeigen sinkende Wettbewerbsfähigkeit und eine schwache Produktivitätsentwicklung.

Die Bundesregierung stößt grundlegende Reformen dennoch nur zögerlich an. Nach wiederholten Ankündigungen und ergebnislosen Abstimmungsrunden wird nun ein umfassendes Reformpaket in Aussicht gestellt, das gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften entwickelt werden soll. Der Mittelstand nimmt die Koalition beim Wort: Ohne spürbare Entlastungen und strukturelle Reformen droht sich diese Entwicklung zu verfestigen – mit Folgen für Investitionen, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere im Mittelstand.

Entscheidend ist nicht mehr Geld, sondern ein effizienter Staat mit klaren Prioritäten. Die zentralen Hebel liegen im Inland: weniger Bürokratie, wettbewerbsfähige Steuern und stabile Sozialabgaben.

Der Mittelstand ist das Rückgrat von Beschäftigung, Ausbildung und Wertschöpfung. Dieses Papier zeigt, welche Weichenstellungen jetzt dringend notwendig sind, um den Wirtschaftsstandort wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen und Freiräume für kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen - für Investitionen, Arbeitsplätze und Innovationen.

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:

Deutscher Mittelstands-Bund (DMB) e.V. / Reinhardtstraße 33 / 10117 Berlin
Tel. 030 220048-0
www.mittelstandsbund.de

Leiterin Hauptstadt-Repräsentanz: Daniela Röben / daniela.roeben@mittelstandsbund.de

Inhaltliche Ansprechpartner: Benjamin Schöfer, Bürokratie & Steuern / benjamin.schoefer@mittelstandsbund.de
Luisa Lippert, Sozialabgaben / luisa.lippert@mittelstandsbund.de

Stand: Mai 2026

Kurz & knapp

Der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) sieht insbesondere in drei Bereichen dringenden wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf:

1 Bürokratie abbauen und Verwaltung modernisieren

Berichtspflichten, Nachweise und komplexe Verfahren kosten Unternehmen Zeit und Geld. Nötig ist eine spürbare Entlastung – durch eine effizient aufgestellte Verwaltung mit klaren Zuständigkeiten, digitalen Prozessen und Once-Only-Prinzip sowie durch praxistaugliche Gesetze und deutlich einfachere Vergabe- und Förderverfahren.

2 Unternehmensbesteuerung wettbewerbsfähig gestalten

Deutschland darf Investitionen nicht stärker belasten als vergleichbare Industriestandorte. Erforderlich sind eine faire (Einkommens-)Besteuerung von Personengesellschaften, eine international wettbewerbsfähige Körperschaftsteuer und verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen und Nachfolge.

3 Sozialabgaben begrenzen und Arbeit entlasten

Steigende Sozialbeiträge verteuern Arbeit und schränken die Handlungsspielräume von Unternehmen und Beschäftigten ein. Notwendig sind eine verbindliche Begrenzung der Abgabenlast, die konsequente Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen sowie strukturelle Reformen der Sozialversicherungssysteme, um Beschäftigung und Wachstum zu sichern.

1 Bürokratieabbau: KMU mitdenken und Verwaltung digitalisieren

Bürokratie ist laut allen aktuellen DMB-Umfragen und -Studien die zentrale Herausforderung für die Mitgliedsunternehmen. Der Umfang der Bundesgesetzgebung ist seit 2010 um rund 62 Prozent gestiegen (von 24.765 auf 40.270 Normseiten). Das Wirtschaftsrecht wächst am stärksten – genau dort, wo KMU täglich betroffen sind. Für den breiten Mittelstand bedeutet das:

Berichtspflichten, Antrags- und Nachweisverfahren sowie Mehrfachmeldungen binden Zeit, Personal und Liquidität. Kleine Unternehmen sind besonders belastet, weil sie weniger Ressourcen für Bürokratie haben. Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer verbringen teils bis zu neun Stunden pro Woche damit – Zeit, die dem Kerngeschäft fehlt.

Der stetige regulatorische Zuwachs wird von vielen Unternehmern als Ausdruck von Misstrauen empfunden und bremst Investitionen sowie Innovationen. Der Bürokratierückbau kommt nur schleppend voran: Wenn die ersten Beschlüsse des Kabinetts zur Bürokratieentlastung eine jährliche Entlastung im dreistelligen Millionenbereich erwarten lassen, zeigt die Größenordnung der Aufgabe. Für das Ziel von 16 Milliarden Euro weniger Bürokratiekosten braucht es einen echten Systemwechsel, nicht nur Einzelmaßnahmen. Das ifo-Institut schätzt den jährlichen Verlust an Wirtschaftsleistung durch Bürokratie auf 146 Milliarden Euro – ein gewaltiges Potenzial für Wachstum, Investitionen und Entlastung.

Der DMB fordert:

1 Bürokratieabbau politisch besser steuern und koordinieren

Das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) benötigt für den Modernisierungsprozess stärkeren Rückenwind und konkrete Durchgriffsrechte. Dass jedes Ressort in eigener Verantwortung zur Erreichung der Bürokratierückbauziele beitragen soll, ist ein Geburtsfehler, der den Bürokratieabbau ausbremst. Alle Ressorts müssen konkrete Entlastungsbeiträge leisten, die in verbindlichen Zeitfenstern umgesetzt werden. Auch Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, gemeinsame Lösungen zu finden und die föderale Modernisierungsagenda konsequent voranzutreiben. Zugleich darf das BMDS selbst nicht neue Bürokratie aufbauen, sondern muss darauf dringen, dass Gesetze und Verfahren möglichst schlank und klar erarbeitet werden. Gerade daran hat es bislang gemangelt. Ebenso sollten auch die Mitarbeitenden in den Ressorts und Behörden selbst die Reformen im Alltagsgeschäft mit vorantreiben und leben.

2 **KMU-Betroffenheit bei Gesetzgebung mitdenken**

KMU müssen durch Praxistests in Gesetzgebungsverfahren eingebunden werden. Zahlreiche Rechtsvorschriften wie Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz (LkSG), Entwaldungsverordnung (EUDR), Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und Entgelttransparenzrichtlinie (EUPTD) belasten KMU indirekt massiv, obwohl Schwellenwerte sie verschonen sollen. Bei der Gesetzgebung wird häufig nicht mitgedacht, dass große Unternehmen für sie geltende Auflagen an Kleinunternehmen weiterreichen („Trickle-Down-Effekt“) – oft als zwingende Auftragsvoraussetzung.

3 **Once-Only-Prinzip konsequent umsetzen**

Daten, die einer Verwaltung bereits vorliegen, dürfen nicht erneut bei Unternehmen abgefragt werden. Das entlastet Betriebe direkt und setzt eine umfassende Registermodernisierung voraus. Mit dem bereits angestoßenen Gesetzgebungsverfahren ist der Rahmen gesetzt – entscheidend ist nun eine zügige, praxisnahe Umsetzung. Dafür ist eine deutschlandweite konzertierte Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen nötig. Der Normenkontrollrat (NKR) schätzte 2017 das Einsparpotenzial einer modernisierten Registerstruktur auf jährlich 6,0 Mrd. Euro, was in heutigen Preisen 7,4 Mrd. Euro entspricht. Davon entfallen jährlich 1,2 Mrd. Euro auf Unternehmen. Dem stehen einmalige Investitionskosten von 3,1 Mrd. Euro gegenüber.

4 **Verwaltung mit KI und Digitalisierung effizienter aufstellen**

Allein die Bundesverwaltung wuchs seit 2017 um 16,6 Prozent, die Personalkosten um 42,5 Prozent – trotz Abbau-Versprechen. Durch KI und Automatisierung können Verwaltungsprozesse bundesweit deutlich effizienter werden; das eröffnet erhebliche Entlastungspotenziale im öffentlichen Dienst. Bis 2029 sollte der angekündigte Stellenabbau gezielt dort umgesetzt werden, wo repetitive Tätigkeiten überwiegen und Digitalisierung sowie Automatisierung die größte Wirkung entfalten: Steuer- und Kommunalverwaltungen sollen laut Studien das höchste Potenzial dafür bieten.

5 **Digitale Verfahren für Unternehmen vereinfachen**

Digitale Tools müssen mutig und mit Augenmaß eingesetzt werden, um behördliche Verfahren gegenüber Unternehmen und Bürgern effizienter und nutzerfreundlicher zu gestalten. Mehr Effizienz in den Verwaltungen bedeutet schnellere Genehmigungen, einfachere Anträge und weniger Nachfragen – Betriebe sparen dadurch Zeit und Geld. Auch Kommunen können so Kosten einsparen: Im Jahr 2025 stieg ihr Defizit laut Statistischem Bundesamt auf 31,9 Mrd. Euro. Bund und Länder müssen dabei unterstützen, Effizienzpotenziale in die Fläche zu tragen.

6 Öffentliche Ausschreibungen KMU-freundlich gestalten

Für den Mittelstand sind öffentliche Aufträge ein zentraler Zugang zu Märkten und ein wichtiger Stabilitätsanker. Mit dem jüngst beschlossenen Vergabebesleunigungsgesetz wurden wichtige Weichen gestellt, um Vergabeverfahren zu vereinfachen, zu digitalisieren und bürokratische Hürden abzubauen. Gerade im Zuge des geplanten Sondervermögens für Infrastruktur und Transformation kommt den Vergaben eine Schlüsselrolle zu. KMU-freundliche Verfahren schaffen die Voraussetzung, dass Investitionsmittel schnell und wirksam in die Umsetzung kommen. Werden Infrastrukturprojekte verstärkt über den Mittelstand realisiert, profitieren sowohl die regionale Wertschöpfung als auch Qualität und Resilienz der Umsetzung.

In der Umsetzung des Gesetzes müssen kleinere Unternehmen konsequent mitgedacht werden – etwa durch zentrale digitale Plattformen, einheitliche Formulare und automatisierte Ausfüllhilfen. Schwellenwerte für Direktaufträge sollten angehoben werden, damit Unternehmen nicht unnötig durch komplexe europaweite Verfahren belastet werden. Zugleich müssen Qualität und Innovation bei der Vergabe stärker gewichtet werden als der reine Preis.

7 Förderungen auf allen Ebenen effizient ausrichten

Die Vielzahl an Förderprogrammen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene ist für KMU kaum überschaubar. Gleichzeitig fehlen häufig die personellen Kapazitäten, um komplexe Antrags- und Nachweisverfahren zu bewältigen. Förderprogramme müssen daher zentraler, transparenter und einheitlicher organisiert werden. Große Effizienzpotenziale liegen in der Bündelung und Vereinheitlichung bestehender Programme, die derzeit in 16 Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet sind. Bund und Länder sollten sich auf eine klare Förderlogik verständigen. Künftig sollten gezielt nur solche Vorhaben unterstützt werden, die nachweislich Innovation, Wertschöpfung und nachhaltiges Wachstum stärken. Programme ohne messbare Wirkung sollten nach unabhängiger Evaluation konsequent gestrichen werden. So wird sichergestellt, dass knappe öffentliche Mittel zielgerichtet in Projekte mit echter Zukunftswirkung fließen.



Bürokratieabbau ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für mehr Wachstum, Investitionen und unternehmerische Freiheit. Wenn der Staat Verfahren vereinfacht, Zuständigkeiten klärt und digitale Prozesse konsequent nutzt, gewinnt der Mittelstand die Zeit und den Spielraum zurück, um für Wertschöpfung und Innovationen zu sorgen. Die daraus freiwerdenden Potenziale sind enorm – und genau darin liegt die Chance für einen leistungsfähigeren, moderneren Staat.

Damit schafft ein schlanker Staat nicht nur Entlastung, sondern auch die Grundlage für das nächste Handlungsfeld: eine Unternehmensbesteuerung, die unternehmerische Leistung stärkt statt sie auszubremsen.

2 Besteuerung von KMU: Investitionen stärken, Wettbewerbsfähigkeit sichern

Die Unternehmensbesteuerung ist für den Mittelstand längst ein zentraler Standort- und Investitionsfaktor. Mit einer Gesamtbelastung von über 30 Prozent auf Gewinne von Kapitalgesellschaften liegt Deutschland im internationalen Vergleich im oberen Bereich. Gleichzeitig wird oft übersehen, dass auch Einzelunternehmer und Personengesellschaften erheblich belastet sind: Sie unterliegen der Einkommensteuer, deren Spitzensteuersatz (bis 45 Prozent) bereits bei vergleichsweise moderaten Einkünften greift. Hier zeigt sich eine systematische Benachteiligung des Mittelstands.

Insgesamt hat die Steuer- und Abgabenquote mit rund 42 Prozent (gemessen am BIP) ein Allzeithoch erreicht. Die Zahl verdeutlicht, wie sehr der Staat wirtschaftliche Leistung heute in Anspruch nimmt – und zeigt, dass die Besteuerung stärker an Investitionsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auszurichten ist.

Die Folgen sind spürbar: Unternehmen investieren unter deutlich ungünstigeren Bedingungen als viele internationale Wettbewerber: Eigenkapitalbildung wird erschwert, Reinvestitionen werden gebremst und die Finanzierung von Wachstum, Innovation und Nachfolge belastet. Gerade mittelständische Unternehmen trifft das besonders, da sie Investitionen häufig aus dem laufenden Ergebnis finanzieren müssen.

Der DMB fordert:

1

Besteuerung von Personengesellschaften reformieren

Der Spitzensteuersatz greift heute bereits beim 1,9-fachen des Durchschnittseinkommens (1965 war es noch das 15-fache) und betrifft damit viele mittelständische Unternehmen. Dieser Schwellenwert sollte spürbar angehoben werden – mindestens auf 85.000 Euro pro Jahr. Zudem braucht es eine automatische Inflationsanpassung („Tarif auf Rädern“), um eine schleichende Mehrbelastung zu vermeiden. Gleichzeitig müssen Thesaurierungsregeln (z. B. § 34a EStG) und die Option einer Besteuerung nach Körperschaftsteuer (z. B. § 1a KStG) so vereinfacht oder neu ausgestaltet werden, dass sie praxistaugliche und echte Wahlmöglichkeiten für den Mittelstand bieten.

2 Körperschaftsteuer gezielt und mutig senken

Die Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften ist im internationalen Vergleich zu hoch – seit 2010 hat sich das Aufkommen laut einer Studie des IW Köln mehr als verdoppelt (+146 Prozent). Die von der Bundesregierung geplante schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer ist daher grundsätzlich richtig, greift jedoch zu spät und ist zu kleinteilig. Stattdessen braucht es eine planbare und mutige Entlastung: eine Absenkung in drei Schritten ab 2027 bis 2029 auf 10 Prozent. Eine solche Struktur reduziert Komplexität in der unternehmensinternen Umsetzung und setzt zeitnah Investitionsimpulse.

3 Gewerbesteuer strukturell weiterentwickeln

Die Gewerbesteuer weist grundlegende Schwächen auf: Sie ist besonders konjunkturanfällig, zwischen den Kommunen sehr unterschiedlich ausgestaltet, belastet je nach Rechtsform unterschiedlich und verursacht erheblichen bürokratischen Aufwand. Zudem ist sie im internationalen Vergleich ein Sonderweg. Langfristig sollte sie daher zu einer modernen kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickelt werden. Denkbar ist ein Modell aus einem höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer sowie Zuschlagsrechten auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Ziel ist eine verlässlichere, transparentere und wettbewerbsfähigere Unternehmensbesteuerung auf kommunaler Ebene.

4 Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen

Der Solidaritätszuschlag sollte vollständig abgeschafft werden, um KMU spürbar zu entlasten. Er wurde ursprünglich zur Finanzierung der Wiedervereinigung eingeführt und ist heute nicht mehr zweckgebunden – die aktuelle Verwendung der abgeführten Mittel ist unklar. Im Jahr 2025 betragen die Einnahmen daraus laut Bundesfinanzministerium rund 12,5 Milliarden Euro. Aus Sicht des Mittelstands ist die dauerhafte Fortführung dieser Zusatzbelastung nicht mehr gerechtfertigt.



Die Maßnahmen stärken unmittelbar die Investitionsfähigkeit des Mittelstands: Niedrigere und planbare Steuern erhöhen Eigenmittel, erleichtern Reinvestitionen und verbessern die Eigenkapitalbasis. Das schafft Spielräume für Innovation, Digitalisierung und Nachfolge. Zugleich steigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit, Standortverlagerungen werden unattraktiver. Verlässlichere Rahmenbedingungen fördern Wachstum und sichern langfristig stabile Einnahmen.

Die Umsetzung der steuerlichen Entlastungen erfordert eine Gegenfinanzierung im Bundeshaushalt. Entsprechende Vorschläge hierzu werden im Folgenden dargestellt.

Refinanzierung: Haushalt auf Wachstum ausrichten

Forderungen nach finanzieller Entlastung der Betriebe wird in der politischen Diskussion häufig entgegengehalten, dass tragfähige Refinanzierungsvorschläge fehlen. Dabei greift diese Perspektive zu kurz: Entlastungen sind nicht nur Mindereinnahmen für den Staat, sondern können Wachstum, Investitionen und Beschäftigung stärken – und so selbst zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen beitragen.



Wachstum ankurbeln

Eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast wirkt unmittelbar als Investitionsimpuls. Sie stärkt die Eigenkapitalbasis von Unternehmen, schafft Spielräume für Transformation und erhöht die wirtschaftliche Dynamik. Über zusätzliche Investitionen und Beschäftigung kann sich ein Teil der Entlastung mittelfristig selbst tragen. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt: Bereits eine schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer um fünf Prozentpunkte kann das reale BIP nach fünf Jahren um rund 3,7 Milliarden Euro erhöhen. Gleichzeitig steigen die privaten Investitionen deutlich an – nach zehn Jahren kumuliert um rund 57 Milliarden Euro. Steuerliche Entlastung ist damit nicht nur ein fiskalischer Kostenfaktor, sondern ein Hebel für mehr Wachstum und langfristig höhere Staatseinnahmen.



Subventionen abbauen

Das Subventionsvolumen des Bundes ist von 27,1 Milliarden Euro im Jahr 2020 auf 77,9 Milliarden Euro im Jahr 2026 gestiegen – in vielen Bereichen ohne erkennbaren Mehrwert für Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen oder Beschäftigung. Subventionen müssen daher konsequent auf ihre Wirksamkeit überprüft, zeitlich befristet und bei ausbleibendem Nutzen beendet werden. Entscheidend ist nicht pauschal „weniger Staat“, sondern eine bessere und zielgerichtetere Mittelverwendung – mit klarer Begründung, messbaren Zielen und verbindlichen Evaluationsmechanismen. Besonderes Potenzial liegt im Abbau klimaschädlicher und strukturell verfestigter Vergünstigungen sowie bei großen Dauersubventionen – etwa in den Bereichen Landwirtschaft, Energie oder bei steuerlichen Ausnahmen. So entstehen finanzielle Spielräume für gezielte Zukunftsinvestitionen statt dauerhafter Mitnahmeeffekte.



Verwaltung verschlanken

Ein leistungsfähiger Staat bindet seine Mittel nicht in überbordender Bürokratie. Weniger Bürokratie, schlankere Verfahren und eine konsequente Digitalisierung senken dauerhaft Kosten – für Staat und Unternehmen gleichermaßen. Wo Prozesse vereinfacht, Zuständigkeiten geklärt und Berichtspflichten reduziert werden, entstehen messbare Effizienzgewinne. Diese entlasten nicht nur die öffentliche Hand, sondern setzen Ressourcen frei, die für Investitionen, Innovation und Wachstum genutzt werden können.



Eine nachhaltige Entlastungspolitik erfordert beides: mehr wirtschaftliche Dynamik und eine konsequente Überprüfung staatlicher Ausgaben.

Im nächsten Schritt rückt damit die Frage in den Mittelpunkt, wie Sozialabgaben begrenzt und die Finanzierung von Arbeit langfristig verlässlich gestaltet werden kann.

3 Sozialabgaben: Kosten für KMU begrenzen und Effizienz steigern

Die kontinuierlich steigenden Sozialabgaben belasten KMU zunehmend. Höhere Lohnnebenkosten verengen finanzielle Spielräume und bremsen Investitionen, Wachstum und Innovation. Die Sozialversicherungsbeiträge liegen aktuell bei 42,6 Prozent und könnten nach Berechnungen des IGES-Instituts bis 2035 auf knapp 50 Prozent steigen. Schon heute verteuern sie Arbeit in Deutschland unnötig und hemmen die wirtschaftliche Dynamik.

Wesentliche Ursache ist eine strukturelle Schiefelage der Sozialversicherungssysteme: Die Einnahmen wachsen zu langsam, während die Ausgaben deutlich zunehmen. Treiber sind der demografische Wandel, steigende Gesundheitskosten sowie wachsende Pflege- und Rentenleistungen. Ein Bericht des ifo-Instituts zeigt den Reformbedarf in der Struktur des Sozialstaats: Mit über 500 Einzelleistungen ist das System hochkomplex und wenig transparent. Eine stärkere Fokussierung und regelmäßige Überprüfung der Leistungen sind notwendig.

Ein zentraler Hebel liegt auch im Arbeitsmarkt: Höhere Beschäftigung und größere Arbeitsvolumina würden die Finanzierungsbasis stärken. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Erwerbstätigen liegt mit 34,8 Stunden (2024) deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Eine stärkere Erwerbsbeteiligung kann dazu beitragen, die Systeme zu stabilisieren und Transferabhängigkeit zu reduzieren.

Der DMB fordert:

1 Sozialversicherungsbeiträge auf 40 Prozent begrenzen

Nach dem starken Anstieg in den vergangenen Jahren müssen die Lohnnebenkosten nun zügig stabilisiert und dauerhaft auf maximal 40 Prozent begrenzt werden. Diese Obergrenze war lange Zeit ein wichtiges Signal für Unternehmen und Beschäftigte. Sie sollte als Richtschnur für notwendige Strukturreformen dienen und Planungssicherheit für die Betriebe zurückbringen. Steigende Lohnnebenkosten dürfen nicht weiter zum Standortnachteil in Deutschland werden. Sie gefährden Beschäftigung, Investitionen und Wachstum unmittelbar.

2 **Versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln finanzieren**

Gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die nicht auf Beitragszahlungen beruhen, sondern politisch entschieden wurden, sollten nicht nur von Arbeitgebern und gesetzlich Versicherten getragen werden – sondern von allen Steuerzahlern. Dazu zählen insbesondere:

- die Gesundheitskosten von Bürgergeldbeziehenden,
- familienpolitische Leistungen wie die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern,
- rentenpolitische Leistungen wie die Mütterrente oder die abschlagsfreie Frühverrentung nach 45 Beitragsjahren („Rente mit 63“) sowie
- nicht beitragsgedeckte Leistungen in der Pflegeversicherung.

Eine klare Trennung erhöht Transparenz, stabilisiert die Beitragssätze und entlastet insbesondere arbeitsintensive mittelständische Unternehmen. Reformen lassen sich auch sozial gestalten: Die abschlagsfreie Frührente könnte beispielsweise für Beschäftigte in physisch oder psychisch belastenden Berufen an eine Prüfung des aktuellen Gesundheitszustands und der tatsächlichen Arbeitsfähigkeit gekoppelt werden.

Eine stärkere Steuerfinanzierung muss mit einer Priorisierung und Effizienzsteigerung im Bundeshaushalt einhergehen, um nicht zu neuen Belastungen für Unternehmen zu führen.

3 **Ausgaben in der GKV konsequent an den Einnahmen ausrichten**

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung wachsen seit Jahren schneller als die Einnahmen. Ohne strukturelle Reformen drohen weiter steigende Zusatzbeiträge. Erforderlich ist eine konsequent einnahmeorientierte Ausgabenpolitik: Ausgaben müssen besser gesteuert und Vergütungsstrukturen bei Leistungserbringern regelmäßig überprüft werden. Im Arzneimittelbereich ist für Wettbewerb und Transparenz zu sorgen. Gleichzeitig müssen Prävention und betriebliche Gesundheitsförderung gestärkt werden, um Krankheitskosten langfristig zu senken und Beschäftigung zu sichern.

Mehr Digitalisierung, bessere Vernetzung sowie effizientere Prozesse können erhebliche Einsparpotenziale erschließen. Eine McKinsey-Studie aus dem Jahr 2022 beziffert diese auf bis zu 42 Milliarden Euro und sieht darin zugleich ein wichtiges Effizienzpotenzial.

Die aktuell laufende Reform muss im parlamentarischen Verfahren konsequent zu Ende gebracht werden, damit die angekündigte Entlastung tatsächlich wirksam wird. Für die mittelfristige Stabilisierung des Systems sind weitere tieferegehende Strukturreformen auf Basis der Empfehlungen der Finanzkommission Gesundheit im Herbst erforderlich.

4 Soziale Pflegefinanzierung nachhaltig sichern

Die Kosten in der sozialen Pflegeversicherung müssen für die Beitragszahler ebenso begrenzt werden wie in der gesetzlichen Krankenversicherung. Der steigende Pflegebedarf infolge des demografischen Wandels führt zu kontinuierlich wachsenden Ausgaben und damit zu weiter steigenden Beiträgen. Aktuell liegt der Beitragssatz für Versicherte ohne Kinder bei 4,2 Prozent und wird bis 2030 voraussichtlich auf 5,9 Prozent ansteigen.

Ziel muss eine langfristig stabile und planbare Finanzierung sein. Prävention muss gestärkt werden, um Pflegebedürftigkeit möglichst lange hinauszuzögern. Der gezielte Ausbau ambulanter und wohnortnaher Versorgungsstrukturen kann dabei helfen, kostenintensive stationäre Pflege zu begrenzen. Insgesamt ist mehr Effizienz im System durch transparente Strukturen und bessere Steuerung notwendig. Ein zentraler Hebel liegt auch hier in der Digitalisierung: Vereinfachte Prozesse, bessere Vernetzung und moderne Verwaltungsstrukturen können die Versorgung verbessern und gleichzeitig Kosten senken.

5 Rentensystem langfristig stabilisieren

Die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung muss langfristig tragfähig gemacht werden, um die Beitragsentwicklung verlässlich zu begrenzen. Aktuell finanzieren immer weniger Beitragszahler immer mehr Rentenbezieher. Der Beitragssatz liegt aktuell bei 18,6 Prozent und könnte ohne Reformen weiter auf bis zu 21,2 Prozent steigen.

Ein zentraler Reformansatz ist die schrittweise Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung, um das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenempfängern zu stabilisieren. Zudem sollte der Nachhaltigkeitsfaktor als wichtiger Stabilitätsmechanismus gestärkt werden, damit demografische Entwicklungen wieder systematisch in die Rentenanpassung einfließen. Entscheidend ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen finanzieller Stabilität des Systems und sozialer Absicherung – auch mit Blick auf die Belastung künftiger Generationen.

6 Private und betriebliche Vorsorge stärken

Alle vorgenannten umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme stoßen angesichts des demografischen Wandels zunehmend an ihre Grenzen – auch mit den angekündigten Reformen. Deshalb sollten sie gezielt durch kapitalgedeckte Elemente ergänzt werden.

Die private und betriebliche Eigenvorsorge muss gestärkt werden, um zusätzliche Sicherheit im Alter zu schaffen und die gesetzlichen Systeme zu entlasten. Dazu gehört auch, bestehende Instrumente zu vereinfachen, transparenter zu gestalten und ihre Attraktivität für breite Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. Das neue Altersvorsorgedepot ist ein guter Anfang.

In der gesetzlichen Rentenversicherung sollte geprüft werden, wie kapitalgedeckte Elemente stärker zur Stabilisierung und demografiefesten Ausgestaltung des Rentensystems beitragen können. In der Kranken- und Pflegeversicherung können private Zusatzversicherungen helfen, Leistungslücken bedarfsgerecht zu schließen.

7 Arbeitsvolumen erhöhen und Erwerbsbeteiligung stärken

Zur langfristigen Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme und der Lasten für die Beitragszahler, ist ein höheres Arbeitsvolumen erforderlich. Eine höhere Erwerbsbeteiligung und mehr Vollzeitbeschäftigte erhöhen das Beitragsaufkommen, reduzieren den Bezug von Transferleistungen und verbreitern die Finanzierungsbasis. Höhere Beschäftigungsquoten stärken gleichzeitig die wirtschaftliche Dynamik und schaffen zusätzliche Wachstumspotenziale für Unternehmen. Vorhandene Arbeitskräftepotenziale müssen besser genutzt werden – etwa durch höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, längere Lebensarbeitszeiten und eine stärkere Integration bislang unterrepräsentierter Gruppen in den Arbeitsmarkt.

Bestehende Fehlanreize im Steuer- und Transfersystem müssen korrigiert und die Regelungen für geringfügige Beschäftigung weiterentwickelt werden. Sozialpolitische Instrumente müssen insgesamt stärker auf Beschäftigung und Arbeitsanreize ausgerichtet werden. Die im Zuge der Gesundheitsreform geplante weitgehende Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung von Ehegatten ist insofern ein richtiger Schritt.



Die vorgeschlagenen Reformen entlasten KMU spürbar, indem sie Lohnnebenkosten stabilisieren und Sozialbeiträge planbarer machen. Dabei geht es um mehr als Kostenreduktion: Stärkung von Prävention und betrieblicher Gesundheitsförderung verbessert die Gesundheit der Beschäftigten, senkt Ausfallzeiten und erhöht die Produktivität. Maßnahmen zur Stärkung des Arbeitsmarkts steigern die Erwerbsbeteiligung und tragen zur Fachkräftesicherung bei. Der konsequente Ausbau der Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegesystem steigert Effizienz und reduziert Kosten.

Insgesamt schaffen die Reformen verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte und stärken die langfristige Tragfähigkeit der Sozialversicherungssysteme.

Schlusswort: Wachstumswende einleiten

Deutschland braucht eine echte Wachstumswende. Bürokratieabbau, eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung, stabile Sozialabgaben und eine moderne Verwaltung sind dafür die zentralen Hebel.

Darüber hinaus müssen zwei strategische Zukunftsfragen stärker in den Fokus rücken:

1 Europa als Wachstumsraum stärken

Eine vertiefte Kapitalmarktunion kann private Ersparnisse gezielter in Investitionen lenken, den Zugang zu Finanzierung für Unternehmen verbessern und damit besonders wachstumsstarke Unternehmen schneller skalieren lassen. Eine engere Energieverflechtung und ein stärker integrierter Binnenmarkt senken Kosten, erhöhen die Versorgungssicherheit und schaffen verlässlichere Rahmenbedingungen für den Mittelstand. Damit wird Europa selbst zum zentralen Hebel für mehr Wettbewerbsfähigkeit.

2 Innovation und Strukturwandel ermöglichen

Nachhaltiges Wachstum entsteht nicht durch den Schutz bestehender Strukturen, sondern durch Erneuerung. Kapital, Arbeit und Ideen müssen schneller in produktivere Anwendungen fließen können. Dafür braucht es weniger regulatorische Hürden, mehr Offenheit für technologische Entwicklungen und stärkere Anreize für private Investitionen. Für den Mittelstand heißt das: mehr Freiräume statt Bremsen, mehr unternehmerische Dynamik statt dauerhafter Regulierung und schnellere Anpassungsfähigkeit.



Am Ende gilt: Ein leistungsfähiger Staat definiert sich nicht durch die Zahl neuer Vorgaben, sondern durch seine Fähigkeit, wirtschaftliche Dynamik zu ermöglichen. Politik sollte unternehmerische Initiative stärken, statt zusätzlicher Hürden aufzubauen. Denn Wettbewerbsfähigkeit entsteht dort, wo Unternehmen investieren, innovieren und sich an neue Rahmenbedingungen anpassen können.

Deutschland braucht dafür jetzt einen klaren wirtschaftspolitischen Kurswechsel: weg von kurzfristigen Einzelmaßnahmen und wachsender Komplexität, hin zu mehr Verlässlichkeit, Prioritätensetzung und Umsetzungskraft. Der Mittelstand ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und Zukunft zu gestalten. Entscheidend wird sein, ob politische Entscheidungen künftig wieder stärker an der unternehmerischen Realität ausgerichtet werden. Der DMB bringt diese Perspektiven in die wirtschaftspolitische Debatte ein – für bessere Rahmenbedingungen und einen wettbewerbsfähigen Mittelstand.

Quellen

- Bundesministerium für Gesundheit / Finanzkommission Gesundheit (2026): Erster Bericht der Finanzkommission Gesundheit. Vom 30. März 2026.
- Deutsche Bundesbank (2026): Kurzberichte: Konjunkturlage und Öffentliche Finanzen. Monatsbericht März 2026.
- Deutsche Rentenversicherung (o. J.): FAQs: Mütterrente III.
- ESMT Berlin (2026): Bürokratieindex 2026: Wirtschaft am stärksten betroffen. Berlin.
- ifo Institut (2025): Über 500 verschiedene Sozialleistungen in Deutschland. Pressemitteilung vom 15. Oktober 2025.
- IMD World Competitiveness Center (2025): World Competitiveness Ranking 2025. Lausanne.
- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) (o. J.): Mehr Staat, mehr Kosten: Wie die Bundesverwaltung trotz Versprechen weiter wächst. Ökonomenblog.
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) / IGES (2025): Update: Entwicklung der Sozialabgaben.
- McKinsey & Company (2022): Digitalisierung im Gesundheitswesen: die 42-Milliarden-Euro-Chance für Deutschland. Pressemitteilung vom 24. Mai 2022.
- McKinsey & Company (2024): GenAI and Talent in Public Sector. Pressemitteilung vom 15. Juli 2024.
- Nationaler Normenkontrollrat (2024): Übersicht zur Registermodernisierung: Vernetzte Register als Voraussetzung für eine digitale Verwaltung. Newsletter 2024-2.
- Nationaler Normenkontrollrat (2025): Entlastungskabinett. Pressemitteilung vom 5. November 2025.
- PKV-Verband (o. J.): Neue Prognose: Versicherten in der Sozialen Pflegeversicherung droht starker Beitragsanstieg. Pressemitteilung.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2025): Nationaler Produktivitätsbericht 2025. Bonn.
- Statistische Bundesamt (Destatis) (2026): Wöchentliche Arbeitszeit im EU-Vergleich 2024.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2026): Pressemitteilung zu Kommunen. Vom 2026.

Der DMB – die Stimme für den Mittelstand

Ihre Interessen sind unsere Mission: Der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) setzt sich seit mehr als 40 Jahren für die politischen Belange kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Freiberuflern und Selbstständigen ein. Mit 34.000 Mitgliedsunternehmen und über 800.000 Beschäftigten gehört er zu den größten unabhängigen Interessen- und Wirtschaftsverbänden Deutschlands.

Der DMB macht politische Entscheidungen für seine Mitglieder transparent und verständlich, fördert mittelstandsfreundliche Gesetze und politische Rahmenbedingungen, die Wachstum und Innovation ermöglichen. Wir geben kleinen und mittleren Unternehmen eine starke Stimme und vertreten ihre Interessen in der Öffentlichkeit.

